

Der unsoziale Wohlfahrtsstaat

Nichts ist unsozialer als der Wohlfahrtsstaat, der die menschliche Verantwortung erschaffen und die individuelle Leistung absinken lässt.

Ludwig Erhard, 1962

Von Italien bis Schweden, von den Niederlanden bis Österreich, von Deutschland bis Frankreich werden heute die Probleme des Wohlfahrtsstaates diskutiert und *aktiv angegangen*. Jüngstes und vielleicht signifikantestes Beispiel ist das Aktionsprogramm, dem sich die neue niederländische Regierung unter *Wim Kok* verschrieben hat. Es sieht massive Leistungsschnitte im Bereich der sozialen Sicherheit vor. Bemerkenswert, aber keineswegs ein Einzelfall ist zudem, dass der holländische Ministerpräsident Sozialdemokrat ist und dass ihm die Zugehörigkeit zu dieser Partei, die einst den grenzenlosen Ausbau des Sozialstaates auf ihre Fahnen geschrieben hatte, den Blick auf die Realitäten nicht verstellte. Die Diagnose ist klar: Der Wohlfahrtsstaat in seiner heutigen Form hat *abgewirtschaftet* und als Idee seinen Glanz verloren.

Das lässt sich mit *Blick auf die Schweiz* leider nicht behaupten. Einiges deutet darauf hin, dass die helvetischen Uhren einmal mehr anders gehen. Umfragen, so fragwürdig sie methodisch sind, zeigen den Wunsch der Bevölkerung nach einem noch dichteren sozialen Netz. *Ruth Dreifuss*, sozialdemokratische Bundesrätin, empört sich ob der Forderung von Arbeitgeberverband-Direktor Peter Hasler nach einer sozialpolitischen Denkpause, und selbst bürgerliche Parlamentarier äussern Sorge, der soziale Friede könnte gefährdet sein, wenn man am heutigen Wohlfahrtsstaat rütteln würde. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund schliesslich verlangt gar mit einem «Sozialen Manifest» unbekümmert einen weiteren Ausbau des Sicherungsnetzes. Kurz: Der Wohlfahrtsstaat ist in der Schweiz praktisch tabu. Indem er zudem mit der sozialen Marktwirtschaft gleichgesetzt wird, scheint er auch für viele Liberale *fast unantastbar*.

Dabei trifft die Diagnose, die ringsum zum Umdenken führt, auch auf die Schweiz zu. So zwingt zunächst schlicht und einfach die *finanzielle Situation* der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungen dazu, den Rotstift anzusetzen. Zudem hat sich der internationale *Wettbewerb* der Standorte dank den «auftauchenden» Volkswirtschaften Asiens, Lateinamerikas und Osteuropas so verschärft, dass man den Produzenten nicht beliebig zusätzliche Lohnprozente – ob auf Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerseite – aufbürden kann. Ferner wird auf höherem allgemeinem Wohlstandsniveau die Ungerechtigkeit der *Giesskannenpolitik*, die Arme und Reiche gleichermaßen «beglückt», viel

offenkundiger; gleichzeitig geben sinkende Leistungsbereitschaft und steigendes Anspruchsniveau auch dem legalen und illegalen *Missbrauch* Auftrieb. Weiter hat der Anteil des Einkommens, über das der Einzelne *frei verfügen* kann, in den letzten Jahren laufend abgenommen; je mehr sich das Wirtschaftswachstum verlangsamt und je individueller die Ansprüche werden, desto mehr wird dies zum Problem. Und schliesslich zeigt der Kern Wahrheit, der in der Diskussion über die «*neue Armut*» steckt, dass die Sozialpolitik trotz allem Ausbau offensichtlich nicht so recht greift.

Es braucht eine *merkwürdige Mischung* aus Konservatismus, Machbarkeitsglauben und Paternalismus, um aus diesem Befund – die Liste liesse sich verlängern – den Schluss zu ziehen, der Wohlfahrtsstaat müsse weiter perfektioniert werden. *Gerd Habermann* («Der Wohlfahrtsstaat. Die Geschichte eines Irrwegs.» Propyläen 1994) hat unlängst am Beispiel Deutschlands nachgezeichnet, wie weit in die Geschichte der Glaube an die Sozialintervention quer durch alle Parteien hindurch zurückreicht. Insofern kann das hartnäckige Weiterleben dieser Ideen auch in der Schweiz nicht überraschen. Gleichzeitig macht die Arbeit Habermanns jedoch wenig Hoffnung, dass der aufgeklärte Wohlfahrts-Despotismus gebrochen werden könnte. Offensichtlich lässt sich nur schwer vermitteln, dass eine *am Markt orientierte* Sozialpolitik, wie sie auch Ludwig Erhard nicht durchzusetzen vermochte, die wirklich Bedürftigen nicht schlechter stellt als der moderne Wohlfahrtsstaat. Und so kommt es denn zum *billigen Schlagwort* vom Sozialabbau, mit dem jeder Versuch, die soziale Frage zu diskutieren, abgeblockt wird. Dabei gilt, dass, je effizienter Sozialpolitik ist, desto weniger in falsche Kanäle versickert und desto mehr mit gegebenen Mitteln geleistet werden kann. Verlierer eines Umbaus des Wohlfahrtsstaates zu einer sozialen Marktwirtschaft, die diesen Namen verdient, wären somit nicht die Schwachen, sondern nur jene, denen es mehr an *Leistungswillen* denn an Leistungsfähigkeit mangelt.

Welche Säulen muss ein solcher sozialverträglicher Umbau des Wohlfahrtsstaates aufweisen? Vier seien hervorgehoben. Als erstes ist die *Selbstverantwortung* zu nennen. Nicht für alle Wechselfälle des Lebens braucht es obligatorische oder sogar staatliche Versicherungen, sondern nur für jene, die der Einzelne nicht aus eigener Kraft bewältigen kann. Wer sich «überversichern» will, soll dies aus freien Stücken und auf eigene Kosten tun. Deshalb ist die Idee des Selbstbehalts und der Ausweitung der Karenzfristen zu stärken und bei der Alterssicherung darüber nachzudenken, ob und wie die AHV – ohne Besitzstände zu tangieren – zu einer reinen Mindestvorsorge ohne Renten-

abstufungen umgebaut werden könnte. Generell sollte man grundsätzlich vom Ziel wegkommen, die Sicherung des gewohnten Lebensstandards quasi staatlich zu verordnen.

Zweitens ist Sozialpolitik endlich auf *Bedürftigkeit* auszurichten. Heute erfüllt fast jeder und jede irgendwann auf dem Weg von der Wiege zum Grab die Bedingungen, um in den Genuss von Vergünstigungen oder direkten Unterstützungen zu kommen: als Kind, Schüler, Studentin, alleinerziehende Mutter, Rentner, Schwangere, Kranker, Arbeitslose, Opernbesucher, Tramfahrer, Spitzensportler usw. Mit gezielter Sozialpolitik hat dies nichts zu tun. Vielmehr erhält der überwiegende Teil der Bevölkerung vom Staat und von den Sozialversicherungen «im Gnadenweg» (L. Erhard) als Sozialleistung ein Stück dessen zurück, was er ihnen früher bezahlt hat oder später abliefern wird. Orientierung an der Bedürftigkeit bedeutet auch Übergang von der Objekt- zur *Subjekt-hilfe*, und es bedeutet, sich nicht zu scheuen, Sozialhilfe nur auf Antrag hin zu gewähren und sie *nicht als Rechtsanspruch* anzusehen. Gezielte Sozialpolitik bedeutet schliesslich, auch staatliche Schutzvorschriften – wenn schon, denn schon – genau zu fokussieren, also beispielsweise die schwachen Mieter zu schützen und nicht die Mieter per se.

Drittens braucht es in der Sozialpolitik mehr *Wahlmöglichkeiten*. Warum soll es beispielsweise nicht auch in der Arbeitslosenversicherung – ähnlich wie in der Krankenversicherung – möglich sein, zwischen Paketen mit kürzeren und längeren Karenzfristen, höheren und tieferen Taggeldern, anderen Degressionsverläufen usw. zu wählen? Die Schaffung von Wettbewerb und die Privatisierung der Sozialversicherung wären dazu der beste Weg, zumal die Ökonomie seit langem lehrt, dass eine minimale Sicherung aller keine (halb)staatlichen Versicherungen verlangt, sondern dass Obligatorien genügen.

Schliesslich gehört, viertens, *Transparenz* zu den Anliegen liberaler Sozialpolitik. Unter diesem Aspekt ist es vor allem angebracht, darauf hinzuweisen, dass die Bezeichnung «Versicherung» für die staatliche Zwangsvorsorge irreführend ist. Von Versicherung kann man nämlich nur sprechen, wo bei der Prämienberechnung das persönliche (Gruppen-)Risiko eine gewisse Rolle spielt und das Prinzip des Gleichgewichts von Leistung und Gegenleistung gilt. Was davon abweicht, ist bloss *Umverteilung*, die unter dem Euphemismus der Solidarität verkauft wird. Peter Buomberger, Chefökonom der Schweizerischen Bankgesellschaft, hat dies sehr schön in einem Vortrag am Freitag in Bern am Beispiel der Arbeitslosenversicherung verdeutlicht. Transparenz verlangt weiter, dass die staatliche Sozialpolitik nicht über unzählige Kanäle läuft, sondern über *wenige Institutionen*. Nur so wird im Einzelfall und insgesamt ersichtlich, wieviel die Sozialhilfe wirklich kostet.

All dies ist nötig, um der Entgrenzung des Sozialstaats zu wehren und sicherzustellen, dass jene, die Hilfe benötigen, sie *auch in Zukunft* noch bekommen können. Heute wären solche Schritte noch in Gestaltungsfreiheit möglich. Durch ein Zuwarten, bis die ökonomische Notwendigkeit zum Handeln zwingt, wird nicht nur die Reform schmerzhafter, sondern auch der Handlungsspielraum enger, etwa beim Abwägen zwischen bestehenden und neuen, vielleicht sinnvolleren Sozialleistungen. Folgte man gar den Schalmeienklängen jener, die in sozialetischer Verklärung immer noch mehr kollektive soziale Sicherung verlangen, wäre der Zusammenbruch eben dieser Sicherung programmiert, und zwar nicht allein und nicht einmal in erster Linie wegen der Finanzierung der Sozialwerke, sondern weil es dem Sozialstaat nur gutgehen kann, wenn es seinem Wirt, der Marktwirtschaft, gutgeht. Ihre Vitalität gilt es im Interesse der sozialen Sache wieder zu stärken. Insofern ist die vielbeschworene *Revitalisierung zugleich Sozialpolitik*. Vor allem aber muss umgekehrt jede Revitalisierung Stückwerk bleiben, ja verpuffen, welche nicht auch den Sozialbereich auf alle leistungshemmenden Anreize, Ineffizienzen und unnötigen Belastungen hin durchforstet. Nur so wird es gelingen, den unsozialen Wohlfahrtsstaat in eine soziale Marktwirtschaft überzuführen.

G. S.